

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 230. für Anhalt und Thüringen. Zweite Ausgabe. Mittwoch, 17. Mai 1905. Jahrgang 198. Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. Telefon-Amt VI Nr. 1149. Druck und Verlag von C. A. Thieme in Halle a. S.

Deutsches Reich.
Halle a. S., 17. Mai.
* **Deutsch-Österreichische.** Mit dem Dienstag nachmittag von Staßfurt in Hamburg eingetroffenen Dampfer „Alexandra Boermann“ sind Oberst Deßling, Major Bauer, sowie mehrere andere Offiziere und 56 Unteroffiziere und Mannschaften zurückgekehrt.
(Mündliche Meldung.) Ein Telegramm aus Lindhuf meldet: Freiter Alfred Schünemann, geboren am 5. 5. 82 zu Celle, früher im Infanterie-Regiment Nr. 79, am 12. Mai 05 im Lazarett stud an Typhus gestorben.
* **Der Dampfer „Lulu Vohlen“** ist wohlbehalten in Swafopund eingetroffen.
* **Seine Majestät der Kaiser** traf Dienstag morgen 9 1/2 Uhr in Würzburg ein und wurde am Bahnhof vom Kreisdirector Weber, Nordach und den Bürgermeistern des Kantons erwartet. Seine Majestät ritt durch das Spalier der Kavallerieregimenter aus Würzburg. Hier erfolgte der Baradenartritt der Garnison, an den sich eine Gedächtnisrede anschloß. Nach deren Beendigung tritt der Kaiser an der Spitze der Fahnenkompanie durch die großartig geschmückte Stadt nach dem Offiziers Kasino. Dreiunddreißig Kinder, ein jedes mit einer Fahne in der Hand, waren zu beiden Seiten des Weges aufgestellt, hinter ihnen die Vereine. Eine ungeheure Menschenmenge jubelte dem Kaiser begeistert zu, der freundlich dankte. Beim Frühstück im Offiziers Kasino sprach der Generalmajor v. Wechters dem Kaiser den Dank aus für die Ehre seines Besuchs und gelobte Treue bis in den Tod. Der Kaiser gedachte in seiner Rede mit höchst anerkennenden Worten der Leistungen der Truppen und betonte, daß wie uns hier auf dem historisch-kulturellen Boden des einstigen Herzogtums Vorbringen befinden. Nach dem Frühstück fuhr der Kaiser im Automobil durch die staßfurtischen Truppen unter den Aufsicht des Kapitän von Bahndorf. Zum Abschied gab der Kaiser dem Bezirkspräsidenten Grafen Jepsell und dem Kreisdirector Koeper die Hand und dankte für den prächtigen Empfang. Die Abfahrt nach Wiesbaden erfolgte um 2 Uhr 10 Minuten. — 7 Uhr 10 Minuten abends traf Se. Maj., begleitet vom Kreisfanzler Grafen Bülow und dem Gefolge, auf dem Taunusbahnhof in Wiesbaden ein, wobei sich zur Begrüßung des Monarchen Zivilpräsident v. Schenk und der Kommandeur des Infanterie-Regiments v. Gersdorff (Kurbefehles) Nr. 80 Oberst Sühlfeld eingefunden hatten. Vom Bahnhof fuhr der Kaiser sofort durch die reichgeschmückte Stadt zum Theater, um der Generalprobe beizuwohnen.
* **Als Mitglieder der französischen Sondernmission** zur Hochzeit des deutschen Kronprinzen werden genannt Léon Bourgeois, Prinz Arenberg und Baron Courcel.
Bei Schluß der Redaktion geht uns nach folgende Meldung zu:
Paris, 16. Mai. Ueber die Zusammenkunft der französischen Sondermission, welche die Regierung bei der Hochzeit des deutschen Kronprinzen vertreten soll, ist ein Beschluß noch nicht gefaßt worden. Mit einer gewissen Bestimmtheit sprach man indessen heute abend davon, daß der ehemalige Vizekonsul in Berlin, Baron Courcel, zum Führer der Gesandtschaft auszuwählen werden dürfte.
* **Der deutsche Vizekonsul Freiherr Marschall von Bieberstein** ist am 15. c. nach Zerpria zurückgekehrt, nachdem er dem jetzigen Beginn der Ausgrabungen in Dalmatien beigewohnt hatte.
* **Die deutsche Sondermission** unter dem Grafen Zattenbach wurde Dienstag von dem Grafen von dem übrigen Zeremonien empfangen.
Ein neuer Fleischnot-Nummer.
In der letzten Zeit hat ein Steigen der Viehpreise stattgefunden, worauf natürlich auch eine Erhöhung der Fleischpreise, vielfach sogar in unberechtigter hoher Maße, erfolgt ist. Zu der liberalen und die Viehhändlerinteressen vertretenden Presse ist diese Preisbewegung alsbald zum Anlaß genommen worden, um einen neuen Fleischnot-Nummer in Szene zu setzen. Es wird genau nach alten Rezepten behauptet, die deutsche Landwirtschaft vermöge den Bedarf der deutschen Viehmärkte nicht zu decken, es sei daher unbedingt nötig, die Grenzen zu öffnen und ausländisches Vieh heranzuziehen. Die vielen Wachenstellen treiben die „Mitteilungen der Zentralstelle der Preussischen Landwirtschaftskammern“ durch folgende Ausführungen entgegen:
„Die „Grenzen auf“, so tönt es bereits wieder in der gelamten landwirtschaftlichen Presse. Aber nicht um der teuren Fleischpreise willen greift man zur Feder — diese Preise waren bisher fast ebenso hoch —, sondern um möglichst billigen Viehkauf zu handhaben. Es ist. Wenn erst keine Grenzperren mehr verbinden würden, daß man erst nach Belieben Vieh nach dem Lande hereinbringen kann, dann erst könnte der Weizen eines gewissen Teiles des Zwischenhandels vollständig büssen. Wenn auch

jetzt die Öffnung der Grenzen keine Einfuhr billigeren Viehs zur Folge haben würde, denn das wissen die Akteure der neuesten Fleischnot ganz genau, daß überall die Viehpreise erheblich gestiegen sind und billiges Vieh nirgends vorhanden ist, ja, daß in unserem Hauptviehbezugslande, in Oesterreich-Ungarn, fettes Vieh so knapp ist, daß von dort die Einfuhr zu uns im ersten Vierteljahre dieses Jahres um etwa 10 000 Stück gegen das Vorjahr und um etwa 16 000 Stück gegen vor zwei Jahren zurückgefallen ist, so hoffen sie doch, daß, wenn nur erst einmal die Grenzen ganz geöffnet sind, sie dann auch nicht wieder zugemacht werden, und dann würde schon bald genug die Zeit kommen, wo sie ihr Schäflein säeren können.
Es gibt natürlich keine kräftigere Sache als diesen erneuten Versuch, eine Fleischnot zu konstruieren. Welch gewaltiges Geheiß hat man erst vor zweiwöchentlichen Jahren gemacht über Viehnot und Fleischmangel, und schon nach wenigen Monaten redete kein Mensch mehr von einer Fleischnot. Und jetzt wird selbst der „Vorwärts“ zugeben, daß die Hauptursache der augenblicklichen Preissteigerung an der unzureichenden Futtermittelerte an des letzten Jahres liegt. Dage ist aber nicht nur bei uns zu unzureichend gewesen, sondern auch bei den anderen Staaten, die für uns für die Vieheinfuhr in Betracht kommen. Es ist daher völlig unrichtig, zu behaupten, daß, wenn die Vieh- und Fleischpreise nicht fünfzig Prozent sinken würden, wir billigeres Viehpreise haben würden, es ist ja durchaus nichts im Wege, so viel Vieh und Fleisch als man haben will, zu uns einzuführen, wenn es nur annehmbar billig zu haben wäre. Es ist vielmehr als ein Glück zu bezeichnen, daß wir bezüglich unserer Viehproduktion noch so gut wie gar nicht vom Ausland abhängen, denn um so rascher werden sich die Preise im Inlande wieder regulieren.“
* **Der Verein preussischer Schlachthofverwalter** hat in seiner in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Fassung der Gemeindebeschlüsse in Schlachthofgemeinden zugestimmt. Bezüglich des Schlachthofwesens war die Veranlassung der Antrag, daß die Gemeindebeschlüsse auf Weg, Auzugende, Anlauf, Schwereinende, Hinterfinnen, hochgradige Wasserleit, Gefühlsweise, Stallentwässerung im Fleische, Gefühlsgeruch bei Wimmern und Füllgeruch bei Schweinen ausgedehnt werden müßte. Eine Eingabe ließ sich ebenfalls an den Reichsanwalt und Landwirtschaftsminister eingereicht werden. In der Debatte kam überwiegend die Ansicht zum Ausdruck, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, um die Kontrolle des in die Städte eingeführten Fleisches sicher handhaben zu können. Es wurde ausgearbeitet: „Nur die Verkaufsstellen, sondern auch die Schlachthöfe, Aufbenutzungs- und Fabrikationsstätten für Fleisch müssen kontrolliert werden können, wenn das Auzugende der Schlachthöfe bei Auslösung der Fleischbestand in Behinderungsstellen, durch als Fleischbehalter angegebene Hallenwerke vertreten werden müssen. Für die rechtzeitige Befreiung von tierärztlichen Stellenverwehren sind in jeder Schlachthausgemeinde Sorge getragen werden.“

Den Teil c der Kommissionsresolution will ein Antrag der Abg. Ehrh. v. Zedlitz (frk.) und Genossen näher umschreiben, daß, nach dem Ergebnis mit dem Schulunterhaltungsgelei in stark steigenden Maße der Mindestbeitrag des Grundbesitzers auf 1200 Mk. für eine und aufsteigende Zahl an Schülern mit nicht weniger als 30 Schülern, auf 1100 Mk. für alle übrigen Lehrer, auf 900 Mk. für Lehrern, der Mindestbeitrag der Dienstlehrer zuzugle auf 130 Mk. für Lehrer und 100 Mk. für Lehrern erhöht wird, die entweichenden Mehrbeträge den Schulverändern unter bestimmten Voraussetzungen ersetzt werden.
Im Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Abg. Ehrh. v. Zedlitz Erhöhung des Dispositionsfonds von 200 000 Mk. auf zunächst 5 Millionen Mark.
Ein Antrag des Abg. Ernst (frk.) verlangt als Mindestgrundbeitrag für Lehrer 1350 Mk., für Lehrern 1050 Mk., als Alterszulage 100 Mk. (steigend bis 1350 Mk.), für Lehrern 120 Mk. (steigend bis 100 Mk.).
Abg. Ehrh. v. Zedlitz (frk.) begründet seinen Antrag, wenn wir von vornherein bestimmte Summen für Mindestbeitrag und Mindestbeitragserhöhung festsetzen, wird neue Doffnung den Lehrern bieten und der Landtag einmütig eingetragenen vorgehen werden. Für derlei Maßnahmeforderungen muß uns Geld vorhanden sein. (Weißl.)
Ministerialdirektor Schmarnkopf: Es ist für die Unterrichtsverwaltung keine angenehme Aufgabe, sich gegen Anträge auszusprechen, die eine Verherrlichung der Volksschullehrer zum Ziel haben. Die Unterrichtsverwaltung bringt aber diesen Behauptungen das intensive Interesse entgegen. Wir wissen, wo die Lehrer und wo die Schulverwaltung der Schuld sind. Es handelt sich nur um die Frage, welchen Weg wir einzuschlagen haben. Der Weg, den die Antragsteller einschlagen wollen, erscheint uns nicht zweckmäßig. (Weißl. hört.) Die Anträge bedeuten eine Unterföderung der hier zu übernehmenden Schulverpflichtungen, die verlangen, ein Verzicht des Schulunterhaltungsgeleis mit dem Lehrverpflichtungsgelei, und man kommt doch nicht zum Ziel, wenn man gar zu viele Aufgaben auf gleicher Zeit lösen will. Allein bei der Frage der Ausgabe werden wir viel zu erwägen haben. Wahrscheinlich werden auch die Gemeinden leidet, die Staatsfinanzen oder Schulfinanzen fordern. Darnein werden wir über die Leistungsfähigkeit der Schulverhältnisse zu sprechen haben. Trist man aber der Revision des Lehrverpflichtungsgeleis näher, dann genügt nicht Grundbesitz und Alterszulage, die Frage muß nach gründlich gelöst werden. Sonst brauchen wir die reichen Kommunen die Schullehrer zu erhöhen und die armen Schulverhältnisse werden wieder vorhanden. Die Anträge dienen nicht dazu, die Lehrerbildung richtig und organisch zu fördern. Ich bin also überreicht davon, daß uns plötzlich entgegen dem Geplante des Hauses ein Fonds von 5 Millionen zur Verfügung gestellt werden soll. Ich halte es für das Beste, Sie werden zunächst das Schulunterhaltungsgelei ab. (Weißl. red.)
Abg. Dr. Armer (frk.) hat seinen Antrag, die Schulverhältnisse zu verbessern, durch die Kommissionsbestimmungen zu beschleunigen, und die Regelung der Schulunterhaltung große Schwierigkeiten zu überwinden. Am so beabsichtigt erscheint es, Volksschulen zu verbessern und Lehrerbildung zu beschleunigen. Ich bitte dringend, es bei der Kommissionsbestimmungen zu beschleunigen, und uns ja mit dem Grafen vertraut machen müssen, den Fonds der Unterrichtsverwaltung zu erhöhen; es ist aber kaum zu empfehlen, diese Summe zu fixieren. Ueber die Grundbesitz der Verwendung dieses Fonds müßten wir uns mit der Verwaltung verständigen. Ich bitte die Resolution der Kommission anzunehmen. (Weißl.)
Abg. Dr. Juid (frk.) begründet den von ihm eingebrachten Antrag, der mit dem Antrag Ernst übereinstimmt und nur noch bestimmt, daß zur Befreiung der Wechters Staatszulage nach den im Gesetzentwurf festgestellten Grundbesitz zu gewähren sind.
Abg. Dr. Dietrich (3.) tritt für die Resolution der Kommission ein.
Abg. v. Zentendorf (nl) teilt mit, ein Teil seiner Kreunde sei für den Antrag Zedlitz, ein Teil für die Kommissionsbestimmungen. Finanzminister Ehrh. v. Rheinbagen bittet die Kommissionsbestimmungen anzunehmen. Die Regelung der Schulunterhaltung wird finanziell, rechtlich und konform mit den Bestimmungen sein. Die Verhandlung über diese Frage ist erledigt, wenn Schulunterhaltung und Lehrerbildung getrennt wird.
Abg. Ernst (frk.) begründet seinen Antrag.
Zunächst wird ein Schulunterhaltungsantrag angenommen. Antrag a und b der Unterrichtsverwaltung wird unter Befreiung der Anträge Ernst und Juid angenommen. Die Abstimmung über den Antrag Zedlitz ist eine namentliche. Für den Antrag stimmen 121, dagegen 148 Abgeordnete. Der Antrag ist also abgelehnt.
Die Abstimmung über den Gesamtantrag Zedlitz ist gleichfalls namentlich. Das Ergebnis ist 114 namentlich mit 158 gegen 113 Stimmen. Damit ist Antrag c der Kommission erledigt.
Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Ernst v. Zedlitz (frk.), nach dem das Haus die Erwartung aussprechen soll, daß die Zulage für die Seminarlehrer, Seminarlehrer und Seminarlehrerinnen durch den Etat von 1906 pensionsfähig gemacht wird. Namens der Kommission beantragt als Berichterstatter Abg. Wiedler (frk.) die Ablehnung dieses Antrages.
Für den Anlaß des Antrages wird der Antrag von der Tagesordnung abgelehnt.
Nach Erledigung einiger Petitionen ist die Tagesordnung erledigt.
Donnerstag 11 Uhr: Weggefuhrten. Schluß 3/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

182. Sitzung vom 16. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerial: Dr. Stuhl.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Antrages des Abg. D. v. Zedlitz (frk.) und Genossen betreffend Befreiung unbüßlicher Ungleichheiten in der Befreiung der Schulveränder und in der Höhe des Dienstentkommens der Volksschullehrer.

Die Unterrichtsverwaltung beantragt eine Resolution, nach der a) in das Schulunterhaltungsgelei Bestimmungen zur wirksamen Entlastung der überlasteten leistungsfähigen Vereine im Sinne der Gelei wegen allgemeiner Erleichterung der Volksschulen und des Lehrverpflichtungsgeleis getroffen werden soll; b) nach Neuordnung der Schulunterhaltungsgelei ohne Verzug die Revision des Lehrverpflichtungsgeleis vorzunehmen ist, namentlich unter Berücksichtigung der Mindestbeiträge des Grundbesitzers und der Dienstalterszulagen, es ist dahin die in Betracht kommenden Fonds angemessen zu erhöhen sind.

Der Krieg in Ostasien.
Zur See. Laut Meldung eines norwegischen Dampfers, der am 12. Mai in Oslo angekommen ist, ist am 11. Mai zwischen 8 und 11 Uhr morgens unter 33 Grad 45 Min. nördlicher Breite und 129 Grad 20 Min. östlicher Länge Geschützfeuer gehört worden. Die durch die Schiffe verursachte Erschütterung wurde wahrgenommen, doch war infolge des Nebels die Aussicht beschränkt. Ein nach der

